



Der Landesschülerbeirat

Der Landesschülerbeirat, Thouretstraße 6, (Postquartier) 70173 Stuttgart

Johanna Lohrer

Vorsitzende des Landesschülerbeirats

Vorholzstr.10

76137 Karlsruhe

E-Mail: vorsitzende@lsbr.de

Internet: www.lsbr.de

Aktenzeichen: 31

Stuttgart, den 16. Februar 2015

Positionspapier des Landesschülerbeirats zur aktuellen Arbeit am Bildungsplan

Sehr geehrte Vertreter des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport,
sehr geehrter Herr Costantino,
sehr geehrte Verantwortliche des LS,
sehr geehrte Frau Dr. Weiske,

wir bedanken uns für Ihren Besuch auf der 5. Sitzung des Landesschülerbeirats in Beilstein und für die Ausführungen zum aktuellen Stand der Arbeiten am Bildungsplan. Wir möchten die Gelegenheit nutzen und uns zu den Vorhaben äußern. Unsere Positionen sind vornehmlich politischer Natur und somit an die politisch Verantwortlichen des Kultusministeriums gerichtet.

Gerne geben wir Ihnen zu einzelnen Punkten auf Nachfrage eine detailliertere Auskunft.

Der Landesschülerbeirat zeigt sich besorgt über das derzeitige Demokratieinteresse der heutigen Schülerschaft. Unserer Empfindung nach sinkt das Interesse an gesellschaftspolitischen Themen unter den Schülern immer stärker. Die Wahlbeteiligung von

unter 25-Jährigen bei den Bundestagswahlen ist seit 1953 um fast ein Drittel gesunken, was den Rückgang des Demokratieinteresses bei jungen Menschen bedauerlicherweise bestätigt. Engagement für unsere Demokratie wird zunehmend von einzelnen Schülern ausgeführt und wird immer weniger Thema der jungen Generation. Auch die jüngsten Ereignisse um die PEGIDA-Bewegung zeigen, welche fatale Resultate Unzufriedenheit mit dem demokratischen System hervorrufen können.

Dieser Entwicklung kann nach Ansicht des Landeschülerbeirats nur durch eine zentrale Stellung und wesentliche Stärkung des Demokratieaspekts im neuen Bildungsplan entgegengetreten werden. Der Landeschülerbeirat vertritt diese Forderung einstimmig.

Hierfür schlägt der LSBR vor, das Fach Gemeinschaftskunde zu stärken, beispielsweise durch eine erhöhte Zuteilung von Stunden. Damit verbunden sein sollte eine vertiefte Behandlung der Themen „SMV“ und „Demokratische Legitimation“.

Unserer Meinung nach ist der Zeitdruck im Fach Geschichte/Gemeinschaftskunde bereits heute sehr groß. Dennoch sollte die Behandlung tagesaktueller Themen in diesem Unterricht stets ausreichend Platz finden. Hierfür muss Zeit freigehalten und da kaum anders möglich, auch bzgl. des Stundenkontingents, mehr Platz geschaffen werden.

Ebenso einstimmig bittet der Landeschülerbeirat darum, bereits frühzeitig bei der Planung der früheren Klassen der Sekundarstufe 1 die spätere Prüfung, insbesondere die Rolle der fachinternen Überprüfungen (FIP), zu bedenken und angemessen darauf vorzubereiten. Wir bitten darum, den Landeschülerbeirat möglichst bald über die Rolle und die Vorhaben bzgl. der Präsentationsprüfungen im 10. Schuljahr zu informieren. Der Landeschülerbeirat bittet zudem zu überprüfen, ob eine Vorverlegung der FIP an das Ende der 9. Klasse der Realschule Sinn ergäbe.

Auch zum neu entstehenden Fach „Wirtschaft, Berufs- und Studienorientierung“ möchte sich die Landeschülerversammlung Baden-Württembergs äußern:

Von der Einrichtung dieses Fachs erhoffen wir uns eine Stärkung der wirtschaftlichen Kompetenzen der Schülerschaft. Insbesondere sollte auf die Förderung allgemeiner Kompetenzen im Zusammenhang mit Bewerbungssituationen geachtet werden. Zudem möchten wir darauf hinweisen, dass für das Führen eines unabhängigen Lebens elementar wichtige Vorgänge wie die Erstellung einer Steuererklärung, eines Haushalts- oder Finanzierungsplanes in der Schule bisher leider kaum vermittelt werden. An dieser Stelle wünschen wir uns mehr Praxisnähe.

Angesichts unserer Bedenken, dass das neu geschaffene Fach zu Lasten des Stundenkontingents von Gemeinschaftskunde eingerichtet wird, fragt sich der LSBR, ob Studienorientierung in Form von BORS/BOGY oder dem Studieninfotag nicht bereits heute in vergleichsweise angemessenem Maße praktiziert wird.

Dass Erfolgsmodelle wie BORS, BOGY etc. in Zukunft nicht mehr vorgesehen oder nur noch auf freiwilliger Basis durchgeführt werden, entspricht unserer Meinung nach einem Rückschritt. Für die Schülerschaft bieten diese Projekte eine einmalige Möglichkeit, Einblicke in ein Berufsfeld ihrer Wahl zu erhalten. Auf diese Bedenken bitten wir einzugehen und Stellung dazu zu nehmen.

Wir bitten zu bedenken, dass die Einrichtung eines neuen Unterrichtsfachs auch die Aus- und Weiterbildung qualifizierter Fachkräfte bedarf. An dieser Stelle z.B. „EWG-Lehrer“ ohne intensive Vorbereitung einzusetzen halten wir für äußerst problematisch. Wenn eine entsprechende Lehrkraft ursprünglich mit dem Fachgebiet „Geographie“ den Schuldienst antrat, dann zum EWG-Lehrer wurde und sich bereits damals zusätzliche Kenntnisse erarbeiten musste, so kann dies nicht noch einmal erwartet werden.

Mit freundlichen Grüßen



Johanna Lohrer

Vorsitzende des 11.Landesschülerbeirats